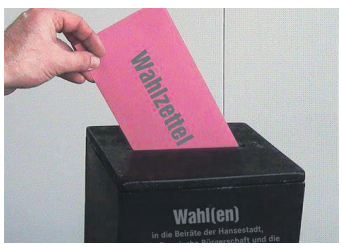
POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE SOMMER 2023 | 19. JAHRGANG



Die Fraktion Sozial. DIE LINKE. hatte sich für den Doppelhaushalt 2023/24 ein klares strategisches Ziel gesetzt: Familien, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt! Gerade angesichts einer Situation, in der die Landeshauptstadt vor enormen Herausforderungen steht und für die kommenden Jahre erhebliche Defizite prognostiziert werden, sind die errungenen Haushaltsverbesserungen ein Riesenerfolg. Mehr dazu im RATHAUSREPORT im Innenteil dieser Ausgabe. SEITEN I - IV



DIE LINKE kann Wahlen gewinnen

Lange sah es so aus, als ob die Wahlen in Berlin und Bremen für DIE LINKE mit weiteren Niederlagen enden würden. Dass beide Landesverbände am Ende deutlich besser abschlossen, mag zwar auch mit Spezifika zu tun haben. Die Erfolge deuten aber auch an, wie die Krise der LINKEN auf Bundesebene überwunden werden kann.

SEITE 3

Solidarität statt Ausgrenzung

Die AfD wird Ende Juli und Anfang August ihren Bundesparteitag zur Europawahl 2024 in Magdeburg abhalten. DIE LINKE ruft auf: Kommt nach Magdeburg und unterstützt uns! Unsere Antworten auf Rassismus, Chauvinismus und Sexismus sind Gerechtigkeit, Wertschätzung, Gleichberechtigung und Solidarität! .“

SEITE 7





DER NEUE VORSTAND

Potsdamer LINKE wählt: Iris Burdinski und Jörg Schindler bilden neues Vorsitzenden-Duo

DIE LINKE in Potsdam stellt sich neu auf. Auf ihrer Mitgliederversammlung wählte sie turnusgemäß einen neuen Kreisvorstand. Im Fokus der Reden stand die anstehende Kommunalwahl und eine Bilanz der Rathauskooperation, in die DIE LINKE vor vier Jahren eingetreten war.

Als neue Co-Vorsitzende wurden die 32-jährige Gewerkschaftssekretärin Iris Burdinski und der 51-jährige Arbeitsrechtsanwalt Jörg Schindler gewählt. Sie lösen damit den bisherigen Vorsitzenden Roland Gehrmann ab, der aus persönlichen Gründen nicht erneut kandidierte. Gehrmann hatte DIE LINKE zuletzt allein geführt, da seine Co-Vorsitzende Marlen Block im Winter zurückgetreten war.

Schindler und Burdinski warben in ihren Reden dafür, dass sich DIE LINKE darauf konzentrieren müsse, klarzumachen, welche Antworten sie auf gesellschaftlich drängende Fragen habe. Schindler hob in seiner Rede die Erfolge der LINKEN in der Stadt hervor. Die Menschen könnten sich auf DIE LINKE in Potsdam verlassen, „weil wir mit der Linken endlich wieder kommunale Kitas bauen. Weil wir mit der Linken neue Gesamtschulen favorisieren statt Gymnasien! Weil wir mit der Linken für frei zugängliche Parks sind!“, so Schindler.

Iris Burdinski griff in ihrer Rede SPD und Grüne in der Landeshauptstadt an. Während die Fraktion Sozial.DIE LINKE der Treiber der Rathauskooperation sei, stünden SPD und Grüne regelmäßig auf der Bremse. „Der Abriss des Staudenhofs ist nicht nur wohnungspolitisch eine Katastrophe, sondern eben auch ökologisch niemandem zu erklären.“, so Burdinski weiter. Auf Grüne und SPD können man sich in Potsdam bei Klima- und Mieter:innenschutz nicht verlassen. Sie rief in ihrer Rede ihre Genoss:innen dazu auf, für den anstehenden Kommunalwahlkampf Mieter:innen- und Klimaschutz zu zentralen Themen zu machen.

Burdinski erhielt bei der Wahl 86,25 Prozent, Schindler 82,50 Prozent. Beide hatten keine Gegenkandidat:innen. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurden Petra Perscheid aus Waldstadt und Tobias Woelki aus Bornstedt gewählt. Petra Pannicke aus Potsdam West wurde als Schatzmeisterin und der in der Innenstadt wohnhafte Steffen Lehnert als Kreisgeschäftsführer bestätigt. Dem Kreisvorstand gehören darüber hinaus Darleen Eisner (Potsdamer Innenstadt), Janina Michalke (Kirchsteigfeld), Norbert Müller (Fahrland), Paul Wiesenberg (Schlaatz) und Torben Reichert (Potsdam-West) an.



EHEMALIGE UND NEUE SCHATZMEISTERIN PETRA PANNICKE ÜBERBRINGT DEN DANK AN DEN SCHEIDENDEN VORSITZENDEN ROLAND GEHRMANN.



AUCH ISABELLE VANDRE BETEILIGTE SICH AKTIV AN DER GENERALDEBATTE

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 14. September 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Neustart für DIE LINKE: Lehren aus den Wahlen in Berlin & Bremen



Lang sah es so aus, als ob die Wahlen in Berlin und Bremen für DIE LINKE mit weiteren Niederlagen enden würden. Kommentator:innen aus dem bürgerlichen Lager sahen die Umfragen vor der Wahl als Bestätigung für ihre Prognose vom baldigen Ende der LINKEN. Dass beide Landesverbände am Ende deutlich besser abschlossen als zunächst erwartet, mag zwar durchaus auch mit Spezifika der beiden Stadtstaaten zu tun haben. Die Erfolge deuten aber auch an, wie die Krise der Linkspartei auf Bundesebene überwunden werden kann.

1. DIE LINKE muss die unsinnige Milieudebatte beenden

Beide Landesverbände haben von Anfang an, sowohl in ihrer Regierungsarbeit als auch in ihren Kampagnen auf eine Politik gesetzt, die alle Wähler:innen in den Blick nimmt statt darüber zu debattieren, welches Wähler:innenmilieu zu Gunsten eines anderen ausgespielt werden sollte. Beide setzten auf einen verbindenden Kurs, der zwar Themen der sozialen Gerechtigkeit fokussiert, hier vor allem Mieten und Inflation, gleichzeitig aber Klima-, Gleichstellungspolitik oder aber das Bekenntnis zur Aufnahme von Geflüchteten nicht ausspart.

2. DIE LINKE muss glaubwürdig sein

Beide Landesverbände waren vor der Wahl an der jeweiligen Landesregierung beteiligt. Auch wenn sich die Regierungsstile durchaus unterschieden – der Berliner Landesverband kultivierte in den letzten Jahren, den Stil des rebellischen Regierens, mit einer klaren Konfliktorientierung auch gegen die eigenen Koalitionspartner:innen, in Bremen ging es dagegen etwas hanseatisch gediegener zu –, verlor DIE LINKE hier nicht massiv an Glaubwürdigkeit, wie es zuvor sonst häufig in Regierungen der Fall war. Vielmehr schafften es die LINKEN Regierungsmitglieder durch eine klare linke Handschrift die Glaubwürdigkeit der LINKEN insgesamt zu stärken; beispielhaft seien hier nur die Berliner Sozialsenatorin Katja Kipping und die Bremer Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard genannt.

3. DIE LINKE muss zeigen, dass sie handlungsfähig ist

Wenn wir glaubhaft machen wollen, dass wir die grundlegenden Probleme wie die Klimakrise, den Mietenwahnsinn oder den Krieg in der Ukraine lösen können, müssen wir deutlich machen, dass wir als Partei in Gänze handlungsfähig sind. Hierin besteht einer der wichtigsten Punkte, für den Erfolg der LINKEN in Bremen und Berlin: Sie haben ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. In den Regierungen konnte sie erfolgreich eigene Projekte auch gegen den Widerstand der Koalitionspartner:innen durchsetzen, die die Situation der Menschen tatsächlich verbesserten. Der Beschluss des Parteivorstandes (siehe Seite 5), einen klaren Trennungsstrich zu jenen zu ziehen, die mit der Drohung der Parteispaltung, die Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit der LINKEN nachhaltig untergraben haben, kann der Beginn für einen Neustart der LINKEN sein.

Konstantin Gräfe

Unser SOMMERFEST schon vor den Ferien

Dieses Jahr bereits vor den Ferien lädt das Linke Sommerfest Groß und Klein in den Potsdamer Lustgarten. Am 8. Juli starten wir um 13 Uhr das Familienfest

mit Hüpfburg und Bällebad, Kinderschminken, Bogenschießen, Fußballdarts,Tombola und vielfältigen Angeboten zum Mitmachen. Auf der Bühne wird es nachmittags ein gemischtes Programm aus Politik-Talks und Kultur geben. Als politische Gäste begrüßen wir dieses Jahr unter anderem Marlen Block (MdL), Isabelle Vandre (MdL) und Martin Schirdewan (Bundesvorsitzender Die LINKE) auf der Bühne. Auf dem Markt der Möglichkeiten stellen sich verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände vor.

Ab 18.00 Uhr beginnt dann unser Red Summer: Den Anfang macht in diesem Jahr YANSN (HipHop) aus Berlin. Die Deutsch-Brasilianerin rappt auf Deutsch und Portugiesisch, gern mal sozialkritisch, am liebsten aber live. Politisch geht es auch mit der Lazy Lizzard Gang (HipHop) weiter. Die Band besteht aus acht ganz verschiedenen Echsen, die sich mit den Themenschwerpunkten Natur, Liebe und Cannabis auseinander setzen. Am Ende lassen es The Toten Crackhuren im Kofferraum (Electroclash) nochmal richtig krachen. Die Band macht das Leben im Plattenbau beautiful again, empowert das Verkacken, erzählt von Panikattacken und verweist Männer auf ihren Platz (Hobelbank).

Der Eintritt ist wie immer frei, aber bestimmt nicht umsonst.







1945 - Die Potsdamer Konferenz

Die wichtigste Konferenz zur Neuordnung Deutschlands und Europas nach der Befreiung vom Faschismus war ohne Zweifel die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Auf ihr trafen sich die Staatschefs der drei Siegermächte Großbritannien (Churchill, später Attlee), Sowjetunion (Stalin) und USA (Truman), um endgültige Festlegungen für das Nachkriegseuropa zu treffen.

In Potsdam klärten die Vertreter der Siegermächte folgende Fragen:

• Man formulierte gemeinsame Grundsätze über die Behandlung Deutschlands, da in allen Besatzungszonen vergleichbare politische und soziale Bedingungen hergestellt werden sollten. Zur gemeinsamen Verwaltung wurde ein Alliierter Kontrollrat geschaffen.

• Der antifaschistisch-demokratische Neubeginn sollte sich an den „großen D's" orientieren: Demokratisierung, Demilitarisierung, Demonopolisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung.

• Auf der Konferenz wurde auch die Schaffung eines Internationalen Militärgerichtshofs zur Verfolgung der Hauptkriegsverbrecher beschlossen, der im Oktober 1945 in Nürnberg seine Arbeit aufnahm.

• Die Staatschefs legten die Reparationen, ihren jeweiligen Umfang sowie die Verteilung der Lasten zwischen den Besatzungszonen fest.

• Beim Thema „Polen" wurden die polnische Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) und der polnische Anteil Ostpreußens endgültig fixiert, wobei zu diesem Thema auch eine polnische Delegation gehört wurde.

• Eine wichtige Frage war die Überführung der deutschen Bevölkerungsteile aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Die dreiwöchige Beratung lief nicht ohne Widersprüche. In dieser Zeit realisierten die USA ihren ersten Atomwaffenabwurf, was kurzfristig eine militärische Überlegenheit der USA signalisierte. In Großbritannien wurde Winston Churchill bei der Parlamentswahl durch eine Labour-Regierung abgelöst, was den amerikanischen Einfluss wiederum schwächte. -bm

17. Juni 1953

In diesen Tagen vor 70 Jahren spitzte sich die Situation in der jungen DDR deutlich zu. Auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 hatte die Führung der SED, auch für viele Parteimitglieder überraschend, den Aufbau des Sozialismus beschlossen. Die Großindustrie sollte gefördert, das Genossenschaftswesen vorangetrieben, der Einfluss der SED im Staatsapparat ausgebaut und Selbständige, Handwerker und Gewerbetreibende in ihren Möglichkeiten eingeschränkt werden. Am 28. Mai 1953 beschloss der Ministerrat eine undifferenzierte Normenerhöhung um 10 %, Fahrkartenermäßigungen wurden abgeschafft, Selbständige und Freiberufler sollten keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Bereits am 9. Juni nahm die SED-Führung mit der Politik des Neuen Kurses solche Überspitzungen wieder zurück, die Normenerhöhung zunächst allerdings nicht. Es war jedoch schon zu spät, Streiks und Demonstrationen breiteten sich in mehreren Städten aus. Die Normenerhöhungen hatten das Fass zum Überlaufen gebracht. Am 17. Juni marschierten Bauarbeiter von der Stalinallee zum Alexanderplatz mit der Forderung, die Normenerhöhungen zurückzunehmen. Als es weiter zum Potsdamer Platz ging, tauchten schon Schilder auf „Ulbricht muss weg", getragen von „Bauarbeitern" in nagelneuer Maurerkleidung. Offensichtlich sahen Kräfte, die die sozialistische Entwicklung nicht mittragen wollten, ihre Zeit für gekommen. Westliche Medien wie der RIAS halfen ihnen massiv. „ Heraus auf die Straßen überall im Land. Sucht Euch Eure Straußberger Plätze, die ganze DDR streikt" tönte es fast ununterbrochen aus dem Äther. Bertolt Brecht berichtete einige Tage später, dass durch das Brandenburger Tor, über den Potsdamer Platz und die Warschauer Brücke kolonnenweise Jugendliche nach Ostberlin gekommen waren und sich unter die Demonstranten gemischt hatten. Die DDR-Führung war sprach- und hilflos. Ein Teil des Politbüros traf sich im sowjetischen Oberkommando in Karlshorst. Sowjetische Panzer marschierten auf und stellten, zum Teil mit Gewalt, die öffentliche Ordnung wieder her und riegelten die Grenze zu Westberlin vorläufig ab. In zahlreichen Betrieben der DDR kam es in diesen Tagen zu Streikaktionen und Demonstrationen. Partei- und Staatsfunktionäre suchten nach Verständigungsmöglichkeiten und bewegten die Werktätigen wieder zur Arbeitsaufnahme. Einige Wortführer wurden auch verhaftet.

Soweit die Fakten. Wie bewertete nun die SED-Führung die Ereignisse um den 17. Juni 1953 ? Einerseits sprach man von einem faschistischen Putschversuch, was sicher überspitzt war. Allerdings kann man die Einflussnahme von westlicher Seite nicht leugnen, auch wenn immer wieder behauptet wird, dass man in der BRD von diesen Ereignissen überrascht war. Anderseits gab es in der SED-Führung auch die Auffassung, dass man es vorwiegend mit aufgebrachten Arbeitern zu tun habe, die die Politik der SED nicht verstanden. Das war auch der Ansatz auf der 14. und 15. Tagung des Parteivorstandes der SED im Jahre 1953. Wenn die Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld und nicht der Arbeiter, stand in der Erklärung der SED. Man gestand zunächst also durchaus eigene Fehler ein. Später wurde mit der zunehmenden Ost-West-Konfrontation der äußere Einfluss aus der BRD allerdings überbetont. Die erste Analyse der SED-Führung zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953 erbrachte schon die Antwort auf die aufgeworfene Frage, es war sowohl ein durch Fehler der SED-Führung herbeigeführter Arbeiteraufstand als auch ein von außen massiv unterstützter Putschversuch.

Dr. Hans-Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Juni 2023

HAUSHALT MIT SOZIALER HANDSCHRIFT – KONKRETE ENTLASTUNG FÜR FAMILIEN



Der unlängst veröffentlichte Armutsbericht der Landeshauptstadt hat mehr als deutlich gemacht, wen die Folgen der multiplen Krisen unserer Zeit besonders treffen. Und darin sind Corona und der Ukraine-Krieg und deren Auswirkungen mit nachfolgender Energiepreis-Explosion und Inflation noch gar nicht abgebildet. Die Fraktion Sozial. DIE LINKE. hatte sich für diesen Doppelhaushalt ein klares strategisches Ziel gesetzt: Familien, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt! Sie waren schon während der Pandemie bis an ihre Grenzen und teilweise darüber hinaus massiv gefordert. Die aktuellen Preisentwicklungen insbesondere bei Energie und Lebensmitteln stellen nun längst nicht mehr nur Sozialleistungsempfänger:innen sondern auch immer mehr Normalverdienende mit Kindern vor schier unlösbare Probleme. Bis zu 6,90€ , 140,- € im Monat für ein Kind kostet inzwischen ein Schulessen. Da kann auch eine Kommune nicht einfach wegsehen, betonte Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg in seiner Einbringung. Deswegen verankerte Sozial.DIE LINKE drei konkrete Entlastungen im Haushalt:

Der Preis für ein Schulessen wird auf 3,90 gedeckelt. Mehr darf in Potsdam kein Schulessen mehr kosten. Kinder, die Anspruch auf ein kostenfreies Mittagessen nach der Härtefallregelung haben, bekommen deses mit Antragstellung vorfinanziert. Damit es von allen Kindern in Anspruch genommen werden kann.

Das Modellprojekt „Kostenloses Frühstück“, ursprünglich einmal von der „Spirelli-Bande“ gestartet wird nun endlich bedarfsgerecht auf weitere Grundschulen ausgeweitet.

Und auch der Preis für das Schülerticket AB sinkt mit dem kommenden Schuljahr in einem ersten Schritt auf 15,- Euro. Ziel der Fraktion bleibt weiterhin der kostenfreie ÖPNV für alle Kinder und Jugendlichen.

Gerade angesichts einer Situation, in der die Landeshauptstadt vor enormen Herausforderungen steht und für die kommenden Jahre erhebliche Defizite prognostiziert werden, ist eine solche sozialpolitische Prioritätensetzung ein Riesenerfolg. Es ist richtig und wichtig, gerade in der Krise aktiv für sozialen Ausgleich zu sorgen und Familien mit Kindern zu unterstützen! In diese Schwerpunktsetzung gehören auch die vom Jugendhilfeausschuss initiierten Verbesserungen im Kitabereich, in der Schulsozialarbeit und für das PLUS-Programm. Damit trägt dieser Doppelhaushalt eine klare LINKE Handschrift – im Interesse der Potsdamer:innen und Potsdamer.

Mit auf den Weg...



Und sie bewegt sich doch – so scheint es jedenfalls. Pünktlich zur letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause gibt es überraschend positive Signale aus der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bzw. zumindest von der brandenburgischen Kultusministerin, die das Land Brandenburg im Stiftungsrat vertritt. Sie werde einem Parkeintritt nicht zustimmen, sagte Manja Schüle in einem Interview des Tagesspiegels und skizzierte auch die Rahmenbedingungen eines Kompromisses, den sie mit Oberbürgermeister Mike Schubert verhandelt habe. Darin finden sich Kernforderungen der Fraktion Sozial. DIE LINKE, die diese auch im Verhandlungsauftrag verankert hatte: natürlich zuerst der Verzicht auf einen Parkeintritt, aber auch die Reduzierung der jährlichen Zahlungen der Stadt von 1 Mio auf nunmehr 800.000 Euro. Außerdem soll endlich der geforderte Beirat eingerichtet werden, in dem Anlieger und Nutzende ihre Interessen vertreten können. Sollten diese Eckpunkte einen verbindlichen Rahmen bekommen, wäre das ein großer Erfolg und auch die Chance, den schwelenden Dauerkonflikt zwischen Stiftung, Nutzer:innen der Parks und städtischen Interessen zumindest einzuhegen. Und die Einigung hat auch überraschende Aspekte: so wurde zumindest die Möglichkeit der Ausstattung des Sportplatzes Nowawiese mit unterirdischen Sanitäranlagen in Aussicht gestellt. Die Stadt unterstützt im Ggenzug die Stiftung bei der Personalsicherung im gärtnerischen Bereich im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Förderprogramme. Nach einem solchen Aufeinander zu gehen sah es lange Zeit nicht aus. Über Wochen hinweg hatten sich Vertreter:innen des Stiftungsrates sogar der Debatte im Hauptausschuss verweigert. Gut, dass sich die Hartnäckigkeit auch unserer Fraktion nun am Ende auszuzahlen scheint. Denn: gibt es keinen Kompromiss und kommt der Eintritt – dann ist dieser selbst vielleicht noch der geringste Schaden. Die Bestrebungen der Stiftung, ihre Parkordnungen und die Nutzungsmöglichkeiten weiter zu reglementieren, würden zunehmen, die Zahl der Nutzungskonflikte würden steigen, nicht abnehmen. Der Vorschlag, der nun auf dem Tisch liegt, ist eine gute Grundlage, um ein solches Szenario zu verhindern – und den freien Eintritt in die Potsdamer Parks auch künftig zu erhalten.

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Wir brauchen weitere Gesamtschulen



Potsdam diskutiert seit Monaten wieder notgedrungen über Schulplätze – aber nicht wie von der Verwaltung öffentlich kolportiert, weil wir zu wenig Gymnasialplätze haben, sondern weil wir im aktuellen Übergangsverfahren der 6. zur 7. Klasse etwa 200 Schulplätze insgesamt zu wenig haben. Woran liegt dies? Zum einen daran, dass unsere öffentlichen Schulen in Potsdam erfreulicherweise immer attraktiver werden gegenüber teuren freien Schulen. Zum anderen aber auch, weil Potsdams Schulen aus dem Umland immer stärker angewählt werden. Etwa 450 Einpendler*innen jährlich machen etwa ¼ der Schüler*innen der neuen 7. Klassen aus und stellen die Stadt vor immer größere Herausforderungen – denn die dadurch nötigen 4-5 Schulen allein für Potsdam-Mittelmark und das Havelland bezahlen wir Potsdamer, von den nötigen Flächen ganz zu schweigen. Und das Ende vom Lied ist, dass auch dieses Jahr wieder etwa 90 Potsdamer Schüler*innen im 1.- und 2.-Wunsch abgelehnt werden mussten und nun enttäuscht, unmotiviert und mit ellenlangen Schulwegen an einer ungewünschten Schule zurückbleiben. Überproportional betroffen sind hier alle Potsdamer Ortsteile, da diese am weitesten weg liegen von unseren Schulen. Wir setzen uns daher massiv dafür ein, dass wir v.a. weitere Gesamtschulen schaffen, an denen alle Schulabschlüsse mit kurzen Schulwegen möglich sind. Diese Schulen müssen in besserer räumlicher Verteilung liegen, z. B. die Gesamtschulen Waldstadt und Krampnitz oder das Gymnasium in Neu Fahrland und perspektivisch eine Gesamtschule in Golm. Zudem hat die SVV auf unseren Antrag hin in der letzten Sitzung einen Sofortbeschluss zu Finanzierungsbeteiligungsgesprächen gefasst – aber dazu unten mehr. *Tina Lange*

Fragen und Antworten

Rechenzentrum

Die Verträge der Mieter:innen im Rechenzentrum laufen noch in diesem Jahr aus. Zeitgleich verschiebt sich auch die Eröffnung des Kreativquartiers nach aktuellem Stand um mindestens ein Jahr. Nach dem Stand der Verhandlungen für die Verlängerung der Mietverträge hat sich Sascha Krämer erkundigt. Derzeit hängt alles an der Genehmigung des Parallelbetriebes von Rechenzentrum und Garnisonkirche und der Brandschutzprüfung des Rechenzentrums. Bis diese nicht abgeschlossen ist, kann auch den Mieter:innen keine neue Sicherheit gegeben werden. Beigeordneter Rubelt hofft auf Klärung in den nächsten Wochen. Was passiert, wenn die Prüfung deutlich länger dauert, konnte auch er nicht sagen.

Sicherheit für Radler:innen

Eines der vielen Ärgernisse für Radfahrer:innen in Potsdam ist die Ecke an der sich die Puschkinallee und die Russische Kolonie Alexandrowka stadtauswärts treffen. Hier ist ein Überqueren der Straßenbahnschienen fast unmöglich, da die Straße sowohl für Rad- als auch Autofahrer:innen schlecht einsehbar ist und die Sicht zusätzlich durch parkende Autos beeinträchtig wird. Die Verwaltung antwortete auf die Frage nach Verbesserungsmöglichkeiten dem Stadtverordneten Sascha Krämer, dass das Problem bekannt sei und seine Frage zum Anlass genommen würde, die Suche nach einer sichereren Lösung für Radfahrer zu beschleunigen. Denkbar seien zum Beispiel Verkehrsraumerweiterungen durch das Wegfallen von Stellplätzen zu Gunsten von Radler:innen. Veränderungen sollen noch diesen Sommer sichtbar sein.

Trinkwasserspender in der Stadt

Sauberes Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Da die Sommer immer wärmer werden und jeder Mensch Zugang zu sauberem Trinkwasser haben sollte, hat die Fraktion Sozial.DIE LINKE einen Antrag eingereicht in dem die LHP dazu aufgefordert wird die Vorgaben der Bundesregierung, Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Orten aufzustellen, umzusetzen. Sascha Krämer erfragte welche Maßnahmen durch die Stadt Potsdam bisher ergriffen wurden. Die EWP wurde durch die Stadt beauftragt zusätzlich zu den beiden bereits bestehenden Trinkwasserbrunnen am Hauptbahnhof und in der Karl-Liebknecht-Straße noch einen weiteren am Brandenburger Tor aufzustellen. Zudem wird derzeit geprüft wie man kostenloses Trinkwasser in öffentlichen Gebäuden für die Bürger:innen zugänglich machen kann.

Alte Post Babelsberg

Das ehemalige Postamt in der Babelsberger Karl-Liebknecht-Straße und insbesondere die Freifläche vor dem Gebäude ist ein beliebter Treffpunkt im Kiez. Nachdem das Gebäude zwischenzeitlich als Co-Working-Space genutzt wurde, steht es nun wieder leer. Wie es zukünftig mit diesem Standort weitergeht, fragte Stadtverordnete Dr. Anja Günther. Laut dem Beigeordneten Rubelt gibt es ab Oktober 2023 einen neuen Betreiber des Gebäudes, der den Standort gewerblich nutzen wird. Durch den neuen Betreiber werden auch die Außenanlagen geplant. Das Potsdamer Ordnungsamt wird in den nächsten Wochen den Fokus mehr auf die alte Post legen. Wir bleiben gespannt.

Beschlossen

Prävention statt Repression

Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag der Stadtverordneten Isabelle Vandre auf die transfeindlichen Übergriffe rund um den Universitätscampus Potsdam Golm reagiert und einen Beschluss zur Eindämmung solcher Gewaltakte gefasst. Der Vorfall im Februar, bei dem Studierende Opfer eines queerfeindlichen Angriffs wurden, rief große Besorgnis hervor.

Um weitere Übergriffe zu verhindern, plant die SVV nun die Einberufung einer Runde mit Vertreter:innen des Ortsteils, der Universität Potsdam und der Stadt. Diese Runde wird aus Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, Lehrkräften, dem Ortsbeirat, Studierendenvertreter:innen, Vertreter:innen des Studierendenwerks, der Hochschulleitung, Vertreter:innen der Stadtverwaltung und des Jugendhilfeausschusses bestehen.

Das Ziel dieser Zusammenkunft ist es, Maßnahmen und Angebote zur Vermeidung weiterer Übergriffe zu entwickeln. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt dabei auf der kontinuierlichen Aufklärung über Queerfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Diskriminierung. Gleichzeitig soll die Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des 2. Quartals ein Maßnahmenpaket mit kurz- und mittelfristig realisierbaren Strategien und Projekten vorzulegen. Dieses Paket soll auf dem Austausch der beteiligten Akteure basieren und dazu dienen, die Sicherheit und das Wohlbefinden der Studierenden in Golm zu gewährleisten.

Die transfeindlichen Übergriffe haben verdeutlicht, dass noch viel Arbeit geleistet werden muss, um Diskriminierung und Gewalt in der Stadtgesellschaft zu bekämpfen. Die Fraktion Sozial.DIE LINKE ist sich dieser Verantwortung bewusst und setzt sich aktiv für eine inklusive und sichere Stadt ein.

Es bleibt zu hoffen, dass die geplanten Maßnahmen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure dazu beitragen, dass sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen und in Potsdam alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität frei von Gewalt und Diskriminierung leben können

Wir wollen dem Ausverkauf von Spiel-, Erholungs- und Sportflächen für Kinder und Jugendliche einen Riegel vorschieben



Potsdam trägt mit Stolz das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“. Diesem Slogan müssen Prioritätensetzungen und Taten folgen. In unserer wachsenden Stadt ist jedoch oft das Gegenteil der Fall: Kinder und Jugendliche fallen hinten runter. Bei Flächenkonkurrenz verlieren sie regelmäßig gegen andere Projekte oder sie verlieren, weil schlicht das Geld im Haushalt fehlt – seien es nun ausreichend Sportflächen, Skateparks, dringend nötige Aufenthaltsorte für Jugendliche, attraktive große Spielplätze oder auch Sanierungen von Jugendclubs. Jüngst stehen sogar selbst geschaffene Freiräume wie die „Platte“ in Potsdam-West (Foto Archiv) zur Debatte.

Unsere Fraktion Sozial.DIE LINKE will deswegen einen Beschluss erwirken, dass sämtliche vorhandenen und neu hinzukommenden Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft gesichert und erhalten werden. Diese Flächen dürfen kein Objekt für jedwede Prüfung anderer „baulicher Erfordernisse“ werden, sie dürfen nicht zur Diskussion stehen, außer es gibt einen unmittelbaren Flächentausch aus unabdingbaren Gründen – in diesem Fall müssen dem Antrag gemäß aber ab sofort wir Stadtverordneten darüber entscheiden.

Potsdam braucht ein Bekenntnis für Kinder- und Jugendräume und den besonderen Schutz ihrer Flächen. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass die dringend benötigten mindestens 12 schon heute fehlenden Sportplätze jüngst regelmäßig an Protesten von Anwohnenden oder Naturschutzverbänden scheitern oder sich zumindest verzögern. Oder es schlicht daran scheitert, dass Investoren es bis heute immer noch schaffen sich maximale Bebaubarkeit bei minimalen Spiel- und Erholungsflächen zu sichern. Fehler, die sich nicht heilen lassen und die die Stadt nicht auch noch auf ihre eigenen und schon vorhandenen Flächen ausweiten darf.

Leider entschied sich die SVV in ihrer Sitzung vom 7.6. auf Wunsch von ausgerechnet der Fraktion DIE aNDERE für eine Überweisung in die Ausschüsse, sodass über den Sommer keine Entscheidung mehr gegeben ist. Dies ist umso betrüblicher, als damit die laufende interne Prüfung der „Platte“ in Potsdam-West weitergehen kann.

Tina Lange

Soziale Erhaltungssatzungen in Potsdam – Ein Novum!

Nach mehrjährigem und zähem Kampf, durch linke Stadtverordnete, zusammen mit der Anwohner-Initiative „Teltower Vorstadt“, hat die Stadt nun endlich einen Satzungsentwurf für die ersten beiden Sozialen Erhaltungssatzungen in Potsdam zur Beschlussfassung vorgelegt – ein Novum!

2015 wurde in Potsdam zwar bereits ein angespannter Wohnungsmarkt festgestellt, aber der Erhalt der sozialen Mieter:innenmischung in Potsdam fand damals keinen Eingang ins wohnungspolitische Konzept der Stadt. Auch die Anwendung des einzig verfügbaren Instrumentes dazu - die Soziale Erhaltungssatzung - wurde damals von den Akteuren noch mehrheitlich abgelehnt.

Ziel einer sozialen Erhaltungssatzung ist es, die Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung in einem bestimmten Gebiet vor Verdrängung zu schützen, die sich zum Beispiel durch umfangreiche Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen oder Umbaumaßnahmen, die mit erheblichen Mietsteigerungen einhergehen, ergeben können.

Das angekündigte investorengetriebene Bauvorhaben am RAW-Gelände vor Augen, ließ die Sorge der Anwohner:innen der angrenzenden Teltower Vorstadt vor der Verdrängung seit 2018 stetig steigen. Die Fraktion Sozial.Die Linke hat frühzeitig und mit Bezug zu einem vorher von der Verwaltung vorgenommenen gesamtstädtischen Grobscreening für die 84 statistischen Bezirke der Stadt einen Aufstellungsbeschluss für eine Soziale Erhaltungssatzung in der Teltower Vorstadt initiiert. Trotzdem hat es noch weitere drei Jahre, weitere Beschlüsse und ständigen politischen Druck der Fraktion gebraucht, um jetzt endlich die Erhaltungssatzungen vorliegen zu haben. Das Instrument der sozialen Erhaltungsatzung soll in den zwei Satzungsgebieten mietpreissteigernde Modernisierungen bändigen, sodass sie im Mittel von der Gebietsbevölkerung verkraftet werden können und damit bezahlt bleiben.

Mit vorausschauendem Blick hat die Fraktion die für die Umsetzung sowie die Aufstellung weiterer Erhaltungssatzungen notwendigen Personalressourcen in den Haushaltsbeschluss 2023/24 eingebracht. Eine Aufgabe, die eigentlich die Verwaltung machen müsste.

Dr. Anja Günther

Beschlossen

Pendelschulkinder

Die Schulplätze in Potsdam werden jedes Jahr knapper, und die Schulentwicklungsplanung hinkt hinterher.

Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark zeigt bereits für das Jahr 2017 fast 1.500 Schülerinnen und Schüler, die allein aus diesem Landkreis in das öffentliche Schulsystem von Potsdam pendeln. Ähnliche Zahlen gelten auch für das Havelland. Die aktuelle Schulentwicklungsplanung weist jährlich etwa 450 Einpendler aus den 7. Klassen auf, was etwa 18 ganzen Klassen entspricht.

Bisher können lediglich die reinen Platzkosten der Einpendlerinnen und Einpendler umgelegt werden, nicht jedoch die Sanierungs- und Baukosten, die die Landeshauptstadt tragen muss. Vor dem Hintergrund der akuten Knappheit an Schulplätzen halten wir es für notwendig dafür praktikable Lösungen zu finden. Der Oberbürgermeister hat bereits ein Schreiben an das Land verfasst, um auf die Dringlichkeit der Situation hinzuweisen. Nun wird er durch unsere Initiative beauftragt Verhandlungen mit den betroffenen Landkreisen aufzunehmen, um eine freiwillige finanzielle Ausgleichsregelung zu erreichen. Auch eine Vernetzung der kreisfreien Städte ist geplant, um gemeinsam Druck auf das Land auszuüben. Es ist essenziell möglichst bald eine grundsätzliche Beteiligungsregelung durchzusetzen, die eine faire Verteilung der Kosten für Schulbauten ermöglicht und allen Potsdamer Kindern einen Schulplatz sichert.



RATHAUSREPORTstammtisch trotz Hitze

Oh ja, es war sehr warm an diesem 9. Juni 2023 im rotbloq zum turnusgemäßen RATHAUSREPORT-stammtisch. Und wahrscheinlich war es auch den Temperaturen geschuldet, dass nicht viele Genoss:innen den Weg gefunden hatten Aber trotzdem: Es war eine gute Runde mit Dr. Anja Günther, Stadtverordnete und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, die dort zusammen saß bei kalten Getränken und flotten Diskussionen, die die anstehenden Kommunalwahlen und die Bilanz der bisherigen Rathauskooperation stets im Blick hatten.

Es ging – wie immer auf diesen Treffen – um die direkte Auswertung der gerade zurück liegenden Stadtverordnetenversammlung vom 9. Juni 2023. Und da – ebenfalls logisch – standen die Fragen rings um den beschlossenen Haushaltsplan 2023/24 im Mittelpunkt. „Wir haben mit unseren Vorschlägen und Ideen zum Beispiel für Kinder, Familie und Armutsbekämpfung unsere LINKEN Schwerpunkte gesetzt“, betonte Anja Günther. „Aber wir konnten nicht alles durchsetzen. Das liegt aber auch in der Natur der Sache.“ Der Haushalt 2023/24 habe also – bei insgesamt erfolgreich auftretender Rathauskooperation - durchaus einen „roten Anstrich“ meinte Dr. Günther (siehe auch im Inhalt des vorliegenden RATHAUS-REPORTS). Bei allen Vorschlägen und Ideen müsse DIE LINKE aber stets nachweisen, dass sie gut und solide wirtschaften kann, so Dr. Günther.

Sie informierte weiter, dass die SVV auch über den Bürgerhaushalt und damit über die 20 wichtigsten Vorschläge der Bürger für die Jahre 2023 und 2024 entschieden hatte. Unter den Vorschlägen, die berücksichtigt werden, befindet sich die Forderung für effiziente Verwaltungsprozesse und einen verbesserten Bürgerservice zu sorgen. Daneben wurden die Wünsche zum Erhalt von Kleingärten, zur Nutzung regenerativer Heizquellen sowie zur Einrichtung eines Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit angenommen. Auch befürwortet wurde der Vorschlag der Potsdamer zum Erhalt der Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel. Erneut unterstützt wurde die Forderung, aus dem Stadthaushalt keine finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung zu stellen.

Leider musste auch Dr. Anja Günther die derzeitige Situation um die Beschlusslage in Sachen Staudenhof negativ werten. Sie verurteilte den sturen Abriss-Beschluss als eine „rein politische Entscheidung“. Auch in Sachen Rechenzentrum betonte die junge Wissenschaftlerin und Stadtpolitikerin, dass bei allen endlichen Entscheidungen das Kreativzentrum unbedingt als schutzwürdig zu werten sei. Hier gebe es lebendiges, kulturvolles Leben, das nicht durch konservative Beschlüsse beseitigt werden dürfe. Und Dr. Günther setzte hinzu, dass das ehemalige Bezirksrechenzentrum Potsdam das erste von weiteren 15 solcher Zentren in der DDR war. Eine zeitgemäße Baukultur also, die heute eben Denkmalstatus haben müsste.

Bernd Martin

Termin für telefonische Bürgersprechstunde im Sommer 2023

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Donnerstag, 06.07.
16:00 - 18:00 Uhr
Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 20.06.
15.00 - 17.00 Uhr
Montag, 10.07.
16.00 - 18.00 Uhr.
Tel.: 0172 / 514 38 25

Ida Karlotta Wiesigstrauch, Fraktionsgeschäftsführerin

Mo - Fr: 10 -15 Uhr
Stadthaus, R. 3.107,
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzungen

im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3
19.06., 28.06., 228.08. und 04.09.2023 jeweils 18 Uhr

Nächste SVV:

Mittwoch, 06. September 2023 ab 15 Uhr IHK Potsdam in der Breitenstraße

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

Preiswerte Schwimmbadtickets auch für kinderreiche Familien

Eine Familie mit mehr als 3 Kindern bezahlt in den Potsdamer Schwimmbädern schnell das 1,5fache vom eigentlich für sie vorgesehenen Familienticket – 4h blu Spaßbad mit 5 Kindern kosten z.B. 44€, das Familienticket nur 30€. Hier dürfen aber nur 3 Kinder mit. Wir wollen diese Ungerechtigkeit für kinderreiche Familien beenden und die Familientickets immer für alle eigenen Kinder öffnen. Der Antrag wird in der Nachtragssitzung Montag behandelt. Wir hoffen damit einen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabe, Kinder- und Familienfreundlichkeit und natürlich für sicheres Schwimmen zu leisten – den immer mehr Kinder können nicht mehr sicher schwimmen und gerade kinderreiche Familien sich den Eintritt schlichtweg nicht leisten.

Tina Lange

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Beschluss des Parteivorstands DIE LINKE: Wagenknecht soll Mandat zurückgeben

Der Vorstand der Partei DIE LINKE hat sich am Sonnabend, 10. Juni 2023, deutlich von der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht distanziert und sie zur Rückgabe ihres Mandats aufgefordert.

Der wiederholten Aufforderung, von der Gründung eines konkurrierenden Parteiprojekts Abstand zu nehmen, sei Wagenknecht „bis heute nicht nachgekommen". Der Beschluss findet klare Worte für die künftige Haltung zu einem der prominentesten Mitglieder der Partei DIE LINKE: Die Zukunft der LINKEN ist eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht.

Wagenknecht hatte erst am Freitag, 9. Juni 2023, in einem Interview bekräftigt, Gespräche über die Gründung einer neuen Partei zu führen. Ungeachtet der Aufforderung der LINKEN-Führung, sich bald über ihren Verbleib in der Linkspartei zu entscheiden, hatte sie ihren Plan bekräftigt, diese Entscheidung erst bis Jahresende zu treffen.

Vorbereitungen für Konkurrenzpartei

In dem Vorstandsbeschluss heißt es nun, die öffentlichen Ankündigungen Wagenknechts, die Gründung einer konkurrierenden Partei zu prüfen, „stellen die Einheit der LINKEN in Frage und schaden uns seit geraumer Zeit massiv". Es gebe parteiintern Berichte, dass bereits Vorbereitungen zur Gründung eines solchen konkurrierenden Parteiprojektes getroffen würden. Wenn einzelne sich systematisch über demokratisch in der Partei gefasste Beschlüsse hinwegsetzten und versuchten, „durch die Drohung mit der Gründung einer konkurrierenden Partei, einen anderen Kurs aufzuzwingen, sind das schlicht Erpressungsversuche", heißt es in dem Beschluss des Parteivorstands.

Vorstand appelliert an politischen Anstand

Wagenknecht sei „nicht bereit, gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen in der Partei für eine starke LINKE zu kämpfen und ihre demokratischen Verfahren zu respektieren". In dem Beschluss wird betont, dass alle LINKEN-Abgeordneten auf Wahlvorschlag der Partei in die Parlamente gewählt wurden. Die Mitglieder hätten „den Wahlkampf geführt in dem Vertrauen, dass unsere Abgeordneten das Programm der LINKEN vertreten und sich ihm verpflichtet fühlen". Es sei daher „ein Gebot des politischen Anstandes und der Fairness gegenüber den Mitgliedern unserer Partei, wenn diejenigen, die sich am Projekt einer konkurrierenden Partei beteiligen, konsequent sind und ihre Mandate zurückgeben". Dass Ressourcen aus Mandaten, die für die LINKE gewonnen wurden, für den Aufbau eines Konkurrenzprojektes genutzt würden, sei „nicht akzeptabel".

Bernd Martin

Mehr dazu unter: https://www.die-linke/partei/parteidemokratie/parteivorstand-2022-2024/beschluesse/

Uferweg in der Speicherstadt wird Realität

Der Kampf um öffentliche Uferwege ist, wie das Beispiel Uferzone Griebnitzsee und das freie Ufer in Groß Glienicke zeigen, große Herausforderung für die Stadtpolitik. Das gilt auch für die Speicherstadt, wo die Stadt durch großflächigen Grundstückserwerb eigentlich weitgehenden Zugriff hatte. Allerdings stellte sich 2011 heraus, dass ein 2008 gefasster Grundsatzbeschluss für die Sicherung des freien Uferzugangs in der Speicherstadt unterlaufen wurde. Seitdem streiten wir um einen durchgehenden öffentlichen Uferweg in der Speicherstadt. Dabei gab es ein ständiges Hin und Her, immer wieder auch Rückschläge.

Wir haben mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen eine klare Richtung vorgegeben, um das Thema im Blick zu behalten, denn im Selbstlauf entwickelt sich dabei nichts.

Dazu gehört insbesondere auch der Uferbereich hinter dem Wasserwerk. Nachdem es gelungen war, den Oberbürgermeister für dieses Vorhaben zu gewinnen und auch bei der EWP grundsätzliches Verständnis zu wecken, stellte sich 2012 heraus, dass das Umweltministerium unüberwindbare Hindernisse für einen öffentlichen Uferweg sah, weil es sich hier um eine Trinkwasserschutzzone handele.

So heißt es in der PNN vom 17.07.2012: „Dieses Wegestück sollte über das Areal eines Wasserwerks führen. Das lehnt Tacks Ministerium ab. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass durch Zehntausende Fußgänger ... krankheitserregende Keime ins Trinkwasser geraten könnten..." Weiter heißt es: „Pikant an dem Vorgang ist, dass die Linke in Potsdam vehement für freie Uferwege streitet, nun aber ein Linke-geführtes Ministerium einen Uferweg verhindert."

Mit einem von der Linksfraktion herbeigeführten Beschluss vom August 2012 wurde der OB beauftragt, die Führung des Uferwegs auf dem Grundstück des Wasserwerks in hoher Qualität umzusetzen und in Abstimmung mit dem Umweltministerium eine rechtskonforme technische Lösung zu entwickeln.

Als das gelungen war, stellte sich heraus, dass die ursprünglich zugesagten Fördermittel nicht mehr zur Verfügung standen. Das war nicht der letzte Rückschlag. Trotzdem haben wir nicht aufgegeben, immer wieder nachgedrängt. Der Erfolg gibt uns recht.

Im April ist der Uferweg von der Langen Brücke bis zum Speicher frei gegeben worden. Der Uferweg hinter dem Wasserwerk ist im Bau und wird noch in diesem Jahr eröffnet. Von diesem hart erkämpften Zuwachs an Lebensqualität profitieren alle Potsdamerinnen und Potsdamer und die Gäste unserer Stadt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Wohngeld: auf die unzureichende Reform folgt eine noch schlechtere Umsetzung



Reicht das Einkommen nicht, um die Miete zu stemmen, können Menschen in Deutschland Wohngeld beantragen. Das Wohngeld ist damit eine zwingend notwendige Entlastung. Besser wäre jedoch eine Mietenpolitik, die günstige Mieten in öffentlichen Beständen dauerhaft sichert, statt staatliche Unterstützungen anheben zu müssen, die schlussendlich auf den Konten der Vermieter landen. Nach wie vor fehlen jedoch die Mehrheitsverhältnisse für ein Umsteuern. Stattdessen hat die Ampel-Koalition zum 1. Januar das Wohngeld-Plus eingeführt. Damit wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet und das Wohngeld erhöht. Das war ein längst überfälliger Schritt. Die Folge: In allen Landkreisen haben sich die Bearbeitungszeiten massiv erhöht. In 15 der 39 Wohngeldstellen beträgt diese mittlerweile mehr als drei Monate – in Potsdam sind es 15 Wochen. Menschen, die auf Wohngeld angewiesen sind, können jedoch nicht mehrere Monate auf die Auszahlung des Mietkostenzuschusses warten. Sie brauchen schnelle und unbürokratische Unterstützung. Deshalb fordern wir als Linksfraktion im Juniplenum des Brandenburger Landtags ein Eingreifen der Landesregierung. Die Landesregierung soll laut unserem Antrag die Wohngeldstellen dazu anweisen, allen Antragsstellenden automatisch einen Vorschuss auf der Basis von Kostenschätzungen auszuzahlen, sobald die durchschnittliche Bearbeitungszeit vier Wochen überschreitet. Außerdem fordern wir die kurzfristige, personelle Unterstützung der Wohngeldstellen durch Landespersonal bei besonders hohen Wartezeiten. Und: Wir wollen die viel zu bürokratischen und komplizierten Antragsverfahren durch Transparenz vereinfachen. Hierzu soll die Landesregierung Checklisten erstellen, die aufzeigen, welche Personengruppe (Studierende, Familien, Rentner:innen etc.) welche Dokumente beibringen sollen. Transparenz ist nicht nur notwendig um Bearbeitungszeiten auf Grund fehlender Dokumente zu verkürzen, sondern auch, um bestehendes Recht einfordern zu können.

Isabelle Vandre (MdL)

Es braucht neue Antworten auf den einsickernden Rechtsextremismus!



Im Innenausschuss wurde auf Antrag der Linken das weitere Erstarken des Rechtsextremismus, besonders in Südbrandenburg, erörtert. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin Marlen Block: Wir müssen feststellen, dass es die rechtsextremistische Szene in Südbrandenburg geschafft hat, an einigen Stellen in der Gesellschaft anschlussfähig zu werden. Natürlich ist weiterhin ein Großteil der Bevölkerung in Südbrandenburg nicht rechtsextrem, aber die Vorfälle in Heidesee und im Schulamtsbezirk Cottbus und der Beitrag des RBB-Magazins „Kontraste“ haben Zustände im Süden des Landes Brandenburg aufgezeigt, die weit über „Einzelfälle“ von rassistischen Äußerungen an Schulen oder beim Fußball hinausgehen. Nach den im Ausschuss vorgetragenen Erkenntnissen des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg, die sich mit den Erkenntnissen vieler zivilgesellschaftlicher Institutionen decken, haben sich Neonazis aus dem Kampfsport-, Türsteher- oder Hooliganmilieu zu organisierten kriminellen Strukturen zusammengeschlossen.

Bisher ist es der Justiz des Landes Brandenburg aus Sicht der LINKEN nicht gelungen, dieses Netzwerk effektiv zu bekämpfen. Stattdessen haben diese Strukturen mittlerweile eine gesellschaftliche „Verankerung“ vor Ort, aber auch in den Parlamenten erreicht. Das zeigt sich auch im Agieren der AFD im Innenausschuss bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes. Die Abgeordneten der AFD arbeiten dabei mit ständigen Unterstellungen und Vorwürfen gegen die Bediensteten des Innenministeriums, andere Parlamentarier, sie stellen demokratische Institutionen und parlamentarisches Agieren in Frage. Gerade dieses Agieren braucht, angesichts des zur Schau gestellten Selbstbewusstseins und Bedrohungspotentials aus unserer Sicht eine starke, ausdauernde Antwort aller demokratischen Kräfte. Die Strukturen dafür sind seit 25 Jahren in Brandenburg mit dem „Toleranten Brandenburg“ und seinen Bündnispartnern vorhanden. Es braucht aber inhaltlich neue Ansätze in der Aus- und Fortbildung an Schulen, in den Kommunen, in den Verwaltungen und vor allem auch im Bereich der Justiz. Es fehlt bislang viel zu oft an der Erkenntnis der Brisanz der Lage und an entsprechenden Priorisierungen und Angeboten.

Es braucht neue Antworten und ein konsequentes Handeln gegen dieses fortgesetzte Erstarken des Rechtsextremismus. Wir fordern die anderen demokratischen Fraktionen auf, dieser Entwicklung ein entschlossenes Handeln in den Ausschüssen des Parlaments gemeinsam mit der Landesregierung entgegen zu setzen.

Marlen Block (MdL)



Aufruf: Gegenhalten – Solidarität statt Ausgrenzung

Aktionen gegen den Europa-Bundesparteitag der AfD in Magdeburg, 28.-30. Juli und 4.-6. August 2023

Die AfD wird Ende Juli und Anfang August ihren Bundesparteitag zur Europawahl 2024 in Magdeburg abhalten, von dem ein weiterer Rechtsruck in Richtung Höcke-Partei ausgehen wird. Als im Kern faschistische Partei verbreitet sie anhaltend und offen nationalistische und rassistische Hetze, Islamfeindlichkeit, Antifeminismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ferner leugnet sie die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Klimawandel. Die AfD verleumdet demokratische Vereinigungen ebenso wie soziale Einrichtungen. Sie führt einen Kampf gegen die Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Medien. Sie spaltet die Gesellschaft, bekämpft die Gleichberechtigung, befeuert Hass und Hetze. Die AfD will ein „Europa der Vaterländer“, und meint dabei nationalistische Abgrenzung. Sie trägt diese Politik in das Europaparlament, den Bundestag, sowie die Landes- und Kommunalparlamente.

Die Folgen zeigen sich in der zunehmenden Normalisierung von Ausgrenzung, Gewalt und Terror, Angriffen auf Geflüchtete, jüdische und islamische Gemeinden sowie politisch anders Denkende. Die AfD ist der parlamentarische Arm des rechten und rassistischen Terrors.

Wir wollen ein vielfältiges, solidarisches, sozial gerechtes Europa. Lasst nicht zu, dass diese Partei unwidersprochen einen symbolträchtigen Bundesparteitag in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt abhält! Setzen wir vor und während des Parteitages in Magdeburg ein vielfältiges und kreatives Zeichen. Zeigen wir gemeinsam, dass die AfD, ihr hetzerischer Politikstil und ihr politisches Programm bei uns nicht willkommen sind!

Mit unseren Aktionen treten wir ein für:

- eine inklusive Gesellschaft, in der alle, unabhängig von Glaube, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft und sozialem Status gleichberechtigt, frei und ohne Angst leben können.

- ein solidarisches, sozial gerechtes und friedliches Europa.

- die Aufnahme und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen, die vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Not flüchten.

- das Erinnern an die Verbrechen des NS-Regimes und das Gedenken an dessen Opfer.

- Solidarität mit allen Menschen, die von Armut, Ausgrenzung oder Verfolgung bedroht sind.

- die Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Medien.

Kommt nach Magdeburg und unterstützt uns! Unsere Antworten auf Rassismus, Chauvinismus und Sexismus sind Gerechtigkeit, Wertschätzung, Gleichberechtigung und Solidarität!

Ceci n’est pas démocratique - Kommentar

Als der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sich kürzlich mit Olaf Scholz in Potsdam traf, wurde er nicht nur von ein paar Schaulustigen begleitet. „Wir sind hier, auch wenn Macron uns nicht will, wir sind hier! Für die Ehre der Arbeiter und für eine bessere Welt, auch wenn Macron uns nicht will, sind wir hier“, schallte ihm auf französisch von einem Dutzend Demonstrierender entgegen. Dazu schlugen sie Kochtöpfe und sorgten so für unüberhörbaren Lärm. In Frankreich ist dieses Bild Gang und Gebe. Überall wo der Präsident auftritt, schallt ihm Protest entgegen.

Kein Wunder: Die von ihm mit maximaler Härte vorangetriebene Rentenreform, versetzt seit Monaten unser Nachbarland in Aufruhr. Gewerkschaften, linke Parteien und große Teile der Zivilgesellschaft laufen Sturm gegen den Angriff auf ihre Lebensleistung. Das frühestmögliche Renteneintrittsalter soll von 62 auf 64 Jahre erhöht werden. Dazu, und dieser Bestandteil der Reform wird hierzulande oft verschwiegen, sollen die Mindestbeitragjahre von 42 auf 43 Jahre aufgestockt werden. Wer also früh anfängt einzuzahlen, „darf“ länger einzahlen als seine (besserverdienenden) Landsleute, die erst nach einem Studium eine Lohnarbeit beginnen. Andersherum müssen Rentenwillige massive Abzüge in Kauf nehmen, sollten sie die 43 Jahre nicht „voll“ machen, sei es aus Ausbildungsgründen, wegen Elternschaft oder Arbeitslosigkeit. Das reale Renteneintrittsalter dürfte sich so bei vielen weit oberhalb der 64 Jahre einpendeln.

Für berechtigte Kritik sorgt zudem der autoritäre Stil, in dem Macron dieses Vorhaben durchdrückt. So wurde eine reale Befassung der Nationalversammlung unter Rückgriff auf Ausnahmeregelungen in der Verfassung verhindert. Eine Mehrheit gegen die angestrebte Reform wäre hier sicher gewesen. Diese Entwicklungen sind nicht nur in Bezug auf die Rentenreform besorgniserregend. Denn wenn selbst ein vermeintlich liberaler Präsident mit solch politischen Taschenspielertricks arbeitet, um ein Vorhaben durchzusetzen, das laut Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung ablehnen. Was können sich potenzielle Nachfolger:innen wie die Rechtsextremistin Marine Le Pen dann erlauben?

Dass Olaf Scholz seinen Amtskollegen lieber im preußisch-königlichen Potsdam empfängt als, wie ursprünglich geplant, in Berlin, wo bereits größere Gegendemonstrationen angekündigt waren, passt sich da fast schon ironisch ins Gesamtbild ein.

Steffen Lehnert

„Potsdamer Linien“

Zum Internationalen Museumstag im Mai 2023 wurde im Potsdam Museum die Ausstellung „Potsdamer Linien. DDR - Alltagsfotografie von Werner Taag‘ eröffnet. Eine sorgfältige Auswahl von 400 Fotos aus einem Gesamtnachlass von 40.000 Fotos.

W. Taag war bei den Potsdamer Verkehrsbetrieben beschäftigt und hatte Busse, Straßenbahnen, Haltestellen und Streckennetze besonders im Blick. Gleichzeitig widerspiegeln die Fotos Ausschnitte der städtebaulichen Entwicklung Potsdams und der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Kurator*innen Judith Granzow und Robert Leichsenring zeichnen verantwortlich für eine sehr sehenswerte Ausstellung mit treffenden Begleittexten.



Ich habe mich in meinem ganzen Berufsleben vor und nach der politischen Wende mit Verkehrs- und Stadtentwicklung bzw. der Politik dazu befasst. Es hat mir große Freude gemacht, entsprechende Erinnerungsfotos zu sehen. Auch die Brandenburger Kulturministerin Manja Schüle hatte, wie ihre launige Begrüßungsansprache verriet, einiges Vergnügen.

Mit einem weinenden und einem lachenden Auge sehe ich zum Beispiel die Fotos mit dem geliebten Babelsberger O- Bus. Es war keine zukunftsweisende Entscheidung der damaligen SVV, den O- Busbetrieb 1995 einzustellen!

Eine sehr interessante Ausstellung nicht nur für „Pufferküsser“

Anita Tack

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

LESERPOST: „Männertag“ mit Wiederholungscharakter

Unsere wundervolle Reise zum neuen Schiffshebewerk Niederfinow am diesjährigen “Männertag“ war für alle Teilnehmer:innen ein sehr gelungener Tag.

Dank der guten Vorbereitung von Hella Drohla und unserem männlichen Duo der Firma H&H Reisen, Rolf und Thomas, sowie der Unterstützung der Geschäftsstelle der Potsdamer LINKEN wurde es zu einem unvergesslichen Erlebnis. Natürlich findet man im Internet alles Wissenswerte zum Schiffshebewerk. Aber wenn Rolf erzählt, ist alles viel spannender und er hat die Zuhörer auf seiner Seite. Nach einigen Schritten vor Ort vom Bus zu unserem Schiff „Freiherr von Münchhausen“ ging ein kleines Abenteuer los. Der Käpt´n erklärte uns noch einige technische Details und wir wurden einige Meter hoch – quasi im Wasserfahrstuhl – befördert. Und nach kurzer Fahrt auf dem Oberwasser ging‘s wieder abwärts. Doch ist keinem Teilnehmer schlecht geworden, so dass wir unser Mittagessen im Landhof Liepe einnehmen konnten. Unser Rolf hatte aber noch eine Überraschung für uns in petto: Der Besuch der Kurstadtschanze „Helmut Recknagel“ in Bad Freienwalde. Skisprung also im brandenburgischen Flachland. Eine sehr gelungene Überraschung.

Nochmals an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Organisatoren der Herrentagstour.

Marianne Kypke

Potsdam-Reisemagazin für Sommer/Herbst 2023 erschienen

Das neue „Dein Potsdam“-Reisemagazin ist raus. Die frisch gedruckte Sommer-/Herbstausgabe gibt viele Ideen, wie man den Sommer in Potsdam am besten genießt. Es geht um Wandertouren auf die kleinen Berge Potsdams, um die Special Olympic World Games, um die Spuren des europäischen Handwerks in Potsdam und viele weitere „Sommer“-Orte. Online ist das Magazin einsehbar auf [deinpotsdam.de]. Zum Anfassen und Durchblättern ist es in den Tourist Informationen Am Alten Markt oder in der mobiagentur im Hauptbahnhof Potsdam erhältlich.

Grünes Licht für Haus der Frauen – Standortwechsel & Synergieeffekte ab 2024

In der Juni-Sitzung der SVV wurde mit dem Haushalt 2023/24 auch die anteilige Übernahme der Mietkosten für den neuen Standort des Autonomen Frauenzentrums beschlossen. Das Autonome Frauenzentrum Potsdam, der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg sowie das Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser hatten sich bei der Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ für das Haus beworben, das derzeit an der Ecke Bildungsforum/Staudenhof gebaut wird. Die drei Organisationen wollen einen Ort schaffen, an dem sich Interessen bündeln, Ideen geschmiedet werden und gemeinsam politische Ziele erreicht werden sollen – mitten im Herzen der Landeshauptstadt, an prominenter Stelle, in Sichtweite des Landtags. Frauenpolitische Arbeit, Antidiskriminierung und der Kampf gegen Gewalt an Frauen rücken in die Stadtmitte und erhalten mehr Sichtbarkeit. In den neuen Räumen sind Ausstellungen, Kulturfestivals, Weiterbildungen, Gesprächsformate und Aktionen geplant Das Autonome Frauenzentrum, der Frauenpolitische Rat und das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser freuen sich darauf, gemeinsam mit der WG „Karl Marx“ in die detaillierte Planung zu gehen, um im Frühjahr 2024 die neuen Räume zu eröffnen.

++Termine ++ Termine++

21. Juni
Fete de la Musique, auf 40 Bühnen, vor allem in Innenstadt und Babelsberg

22. Juni
18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Dortustr. 53) China, die BRICS und Umrisse einer neuen Weltordnung; Vortrag & Diskussion mit Dr. Norbert Hagemann

25. Juni
14 Uhr, Treffpunkt: Hauptbahnhof, nördl. Ausgang; Radtour in Gedenken an die Bücherverbrennung 1933

29. Juni
18 Uhr, SDS, Campus Griebnitzsee
EU von links: Wie die EU mehr sein kann als eine Wirtschaftsunion der Reichen und Konzerne. Martin Günther, Ökonom und langjähriger europapolitischer Aktivist, zeigt Antworten auf und stellt sie zur Diskussion.

29. Juni
18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stifung (Dortustr. 53) Der jüdische Friedhof in Potsdam

Buchvorstellung mit der Historikerin & Judaistin Dr. Anke Geißler-Grünberg

30. Juni
ab 16 Uhr Schiffbauergasse Sommerfest des Autonomen Frauenzentrum

8. Juli
13-23 Uhr LustgartenLinkes Sommerfest (sh. S. 3)